

Klima- und umweltpolitische Fragen zur Kommunalwahl in Meerbusch

Unsere natürliche Lebensgrundlage ist in Gefahr. Die Klimakrise, das Artensterben und die Verschmutzung von Wasser, Boden und Luft schreiten voran. Sind die zur Wahl antretenden Politiker bereit, diese Erkenntnis in praktische Politik umzusetzen? Die Meerbuscher Verbände, die sich für Klima und Naturschutz einsetzen, fühlen den Parteien auf den Zahn.

 = nein / wird abgelehnt  = ja / wird befürwortet  = neutral / wird bedingt bzw. teilweise befürwortet

1. Flächenverbrauch und Flächenversiegelung

Die Stadt will u.a. um 35 ha landwirtschaftlich genutzte Fläche an der Haltestelle Kamperweg (**Wohnbaugebiet Kamper Weg/ Ivangsheide/ Kalverdonksweg**) wachsen. Dies führt in Osterath, dem bereits zweitgrößten Stadtteil Meerbuschs, zu einem erheblichen Bevölkerungswachstums bei unveränderter Verkehrsinfrastruktur. Flächenverbrauch und Flächenversiegelung zerstören zudem Natur- und Lebensräume, die für die Bürger auch wichtige Naherholungsgebiete sind. Können Sie sich vorstellen, die geplante Bebauung der Ivangsheide erheblich zu verkleinern oder gar zu stoppen?

CDU -

Die geplanten Siedlungsflächen sind durch ihren unmittelbaren Anschluss an die ÖPNV Achsen ökologisch sinnvoll, über die Ausweitung lässt sich diskutieren. Generell bin ich der Auffassung, das Wachsen einer Stadt „um jeden Preis“ muss der Vergangenheit angehören. Eine maßvolle Siedlungsentwicklung in Meerbusch ist aber ebenso richtig und wichtig.

SPD -

Meerbusch ist eine Stadt für alle Generationen. Die älter werdenden Bürgerinnen und Bürger benötigen altersgerechte Angebote, gleichzeitig ziehen junge Familien in unsere Stadt, die einen anderen Anspruch an Wohnraum haben. Wohnquartiere sollten eine bunte Mischung von allen Bürgerinnen und Bürgern sein und Begegnungsräume bieten, um den sozialen Zusammenhalt zu stärken. Sicherlich steht dieser Bedarf an Flächen für die Wohnbebauung in Konkurrenz zu der Nutzung der benötigten Flächen zur landwirtschaftlichen Nutzung. Hier gilt es abzuwägen. Daher haben wir ein integriertes Stadtentwicklungskonzept für unsere Stadt gefordert. Dieses ist zwischenzeitlich beschlossen worden und bietet einen Orientierungsrahmen.

Gerade bei dem Wohnbaugebiet „Kamper Weg“ handelt es sich um eine Quartiersentwicklung. Hier stehen Verwaltung und Politik in der Verantwortung eine nachhaltige Stadt- und Quartiersentwicklung zu ermöglichen. Ideen wie betreutes Wohnen, autofreie Bereiche aber auch die Ansiedlung von dringend benötigten Sportsstätten können hier entwickelt werden. Daher werden wir die geplante Bebauung weiter im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern verfolgen.

Grüne - 😊

Stoppen NEIN, verkleinern möglicherweise. Die geplante Entwicklung von Baugebieten in Meerbusch ist Ergebnis intensiver Diskussionen. Dazu gehört auch das Gebiet Kamper Weg. Wir wohnen in einem Ballungsraum, in dem der Bedarf an Wohnraum, insbesondere kostengünstigerer Wohnraum, sehr hoch ist. Viele Menschen finden keine Wohnung, viele Meerbuscher*innen müssen fortziehen, weil hier keine Angebote bestehen. Diesen Bedarf dürfen wir nicht ignorieren. Die Grünen haben aber erreicht, dass die Ratsmehrheit weitere Baugebiete ablehnt, die von der Landesregierung geplant waren.

FDP - 😊

Wir setzen uns insgesamt dafür ein, dass möglichst wenig neue Flächen versiegelt werden, und für eine nur moderate Einwohnersteigerung in Meerbusch (insbesondere Osterath). Ganz können wir uns allerdings den vorgeschlagenen Maßnahmen wegen des starken Wohnungsdrucks nicht entziehen (= 'stoppen'). Bereits in den Beratungen zum neuen Regionalplan im APL am 27.01.2015 haben wir nur wenigen neuen Flächen zugestimmt (insbesondere Ivansweg = alter B-Plan 300-Entwurf); abgelehnt haben wir insbesondere (alles in Osterath): Kamper Hof (= Am Kamper Weg; alter Entwurf B-Plan 282), Strümper Busch südlich K9n (Bovert Nordost; früher Gewerbegebiet Kalverdonk); Nibbelsweg, Kalverdongsweg. Ähnlich haben wir uns bei den Beratungen zum Thema 'Wohnbaulandentwicklung Meerbusch 2030' im Rat am 26.04.2018 verhalten. Die von der Bezirksregierung Düsseldorf im Rahmen der 1. Änderung des Regionalplans im Bereich der Stadt Meerbusch vorgeschlagenen zusätzlichen Flächen haben wir alle abgelehnt (1. Beteiligung September 2019 sowie 2. Beteiligung der Öffentlichkeit Dezember 2019/ Januar 2020) – leider überwiegend vergeblich.

Hinweis: Die Bezeichnungen der Plangebiete werden oft gewechselt, sodass – bei gleicher Benennung - nicht immer klar ist, welches Gebiet genau gemeint ist.

UWG - 😊

Vorrangig der innerstädtischen Bebauung! Der Stop der geplanten Bebauung wird hinsichtlich der stadteigenen Flächen nicht möglich sein. Auf diese großen Flächen sollte man sich zunächst konzentrieren. Die Flächen sollten nach Bedarf behutsam und langfristig entwickelt werden. Für die versiegelten Flächen müssen Ausgleichsflächen innerhalb Osteraths ausgewiesen werden.

Linke - 😊

Das wäre sowohl aus der Sicht meiner Partei wie auch nach meiner persönlichen Auffassung eine durchaus denkbare Option.

Vor der Versiegelung weiterer kostbarer Flächen muss eine Verdichtung innerstädtisch durch die Bebauung mit Mehrgeschossigen Wohneinheiten vorrangig erfolgen. Ebenso ist die Nutzung innerstädtischen Freiflächen vorzuziehen.

Der rücksichtslose Umgang mit kostbaren Natur- und Ackerflächen für überbebaute Reiheneinfamilienhäuser muss beendet werden. Am Ende stünde sonst nur noch die Begrenzung der Einwohnerzahl als Schutzmechanismus zur Verfügung um Meerbusch als Stadt im grünen zu erhalten.

Die Partei - 😞

Es gibt drei bedeutende globale Megatrends:

Urbanisierung

Nachhaltigkeit

Digitalisierung

Was wir in Meerbusch beim Zuzug von Menschen erleben, ist ein Beispiel für Punkt eins. Wenn mehr Menschen in eine Region ziehen wollen, als es Wohnraum gibt, führt das bei der derzeitigen Struktur des Wohnungsmarktes dazu, dass Baugrund teurer wird und Mieten steigen.

Wir wollen deshalb weniger Einfamilienhäuser und mehr Geschosswohnungsbau.

Nicht nur geförderter Wohnungsbau, sondern auch bezahlbarer Wohnungsbau wollen wir fördern. Dazu wollen wir eine kommunale Wohnungsbaugesellschaft gründen. In Wien zeigt sich beispielhaft, dass ein Mischung aus privatem, genossenschaftlichem und öffentlichem

Wohnungsbau einen positiven Einfluss auf die Preisentwicklung hat.
 Wo Einfamilienhäuser frei werden, sollen diese wo sinnvoll durch öffentlichen Geschosswohnungsbau ersetzt werden. Das wirkt neben Preissteigerungen auch Gentrifizierung und Ghettoisierung entgegen.
 Neue Wohnquartiere, u.a. auch das hier abgefragte, sollen als autofreie Quartiere und energieautark entwickelt werden.
 Wo Flachdächer entstehen sollen diese möglichst als Gründächer in Kombination mit PV gebaut werden. Ein Gründach reduziert den Energiebedarf z.B. bei der Klimatechnik und sorgt für besseres Stadtklima und bietet Insekten ein Zuhause. Gleichzeitig wirkt die Verdunstung kühlend auf die PV Module, deren Effizienz gesteigert wird. Die PV Module beschatten ihrerseits die Gründächer, was sich als positiv, insbesondere bei zunehmend trockenen und heißen Sommern erwiesen hat. Bei starken Regenereignissen sorgen Gründächer zudem für eine Entlastung der Entwässerungssysteme, da sie zunächst Wasser aufnehmen und dieses erst zeitverzögert in die Entwässerung abgeben.
 Selbstverständlich muss ein neues Wohnquartier an das Glasfasernetz angeschlossen werden um für die Zukunft gerüstet zu sein und Arbeiten von zu Hause zu ermöglichen und Arbeitswege zu reduzieren.

2. Gründung einer landwirtschaftlichen Genossenschaft

Eine Gruppe engagierter Meerbuscher Bürger plant die Gründung einer **landwirtschaftlichen Genossenschaft** unter dem Motto: Meerbusch ernährt sich selbst.

a) Setzen Sie sich dafür ein, dass Meerbuschs Versorgung mit möglichst ökologisch erzeugten Lebensmitteln verbessert wird?

CDU - 😊

Die Versorgung der Meerbuscher Bevölkerung mit lokalen und regionalen Erzeugnissen sollte verbessert werden. Entsprechende Initiativen der Landwirte oder Dritter werde ich unterstützen

SPD - 😊

Die Idee, dass Meerbuschs Versorgung mit möglichst ökologischen Lebensmitteln verbessert wird, finden wir grundsätzlich wichtig und richtig.

Grüne - 😊

dieses Konzept und die ökologische Erzeugung von Lebensmitteln befürworten die Grünen.

FDP - 😊

Wenn es Bürger (auch Landwirte) gibt, die sich für dieses Ziel engagieren, werden wir das unterstützen.

UWG - 😊

Gleichzeitig sollte die biologische Landwirtschaft gefördert werden.

Linke - 😊

Eine absolut zu unterstützende Initiative. Ich würde mir hier sogar noch wünschen die Landwirtschaft mit ins Boot zu holen. Warum Meerbusch nicht auch mal zur „Modelkommune“ machen. Hier muss ganz klar die Bevölkerung motiviert werden solche Artikel vorrangig zu kaufen. Die großen Einzelhändler auffordern, solche Artikel in ihrem Angebot Regional mit aufzunehmen. Hier ist die Kommune klar in der Pflicht auch mögliche Flächen anzubieten

Die Partei - 😊

Ein Biobauer in Meerbusch ist zu wenig.

b) Wären Sie bereit, städtische Flächen wie beispielsweise zwischen Strümp und Bover (ehemals Plangebiet Meerbusch Mitte) für einen solchen Zweck zur Pacht zur Verfügung zu stellen?

CDU – keine Antwort

SPD - 😊

Welche städtischen Flächen hierfür in Frage kommen, müsste genau geprüft werden. Sicherlich steht aus unserer Sicht nicht die komplette Fläche zwischen Bover und Strümp zur Verfügung, weil hier die Möglichkeit besteht nachhaltige Stadtentwicklung mit Anschluss an den ÖPNV zu betreiben. Aber die Erfahrung mit Parzellen, die Bürgerinnen und Bürger selber bewirtschaften (z.B. Ackerhelden) aber auch der Trend Hochbeete mit Gemüse im eigenen Garten zu bepflanzen, zeigen, dass hier durchaus ein Interesse bei der Meerbuscher Bevölkerung besteht.

Grüne - 😊

Grundsätzlich ja, für Teile des ehemaligen Planungsgebietes Meerbusch Mitte, dessen weitere Bebauung die Grünen erneut in 2017 und 2019 verhindert haben, sind allerdings anteilig umfangreichere Naturschutzmaßnahmen vorgesehen.

FDP - 😊

In seiner Sitzung am 20.11.2018 beschäftigte sich der Ausschuss für Planung und Liegenschaften mit einem Prüfauftrag der Fraktion DIE LINKE & Piratenpartei bezüglich der Vergabe von städtischen landwirtschaftlichen Pachtgrundstücken u.a. unter ökologischen Gesichtspunkten. Leider führte dieser Antrag zu keinem Ergebnis und muss nochmals aufgegriffen werden: wenn ökologische Gesichtspunkte bei der Verpachtung von städtischen landwirtschaftlichen Flächen eine Rolle spielen würden, sehen wir große Chancen für eine ökologische(re) Landwirtschaft insgesamt in Meerbusch, und insbesondere, dass einer solchen landwirtschaftlichen Genossenschaft - getragen von Bürgern - entsprechende Flächen zur Verfügung gestellt würden.

UWG - 😊

Linke - 😊

Die Partei - 😊

Wir haben bereits dem Glyphosatverbot zugestimmt und an dessen Durchsetzung massiv mitgearbeitet (man erinnere sich an die betreffenden Ausschüsse). Der nächste konsequente Schritt ist die klare Vorgabe, auf allen städtischen Flächen ausschließlich so zu bewirtschaften sind, dass eine Umstellung auf ökologische Landwirtschaft jederzeit möglich ist. Wir hatten dazu bereits mit der auslaufenden Fraktion Ideen für die Vergabe von Flächen an Kriterien der Nachhaltigkeit und Bevorzugung von kleinen Betrieben eingebracht. Dafür gab es allerdings keine Mehrheiten.

3. Bau einer neuen Straßen zwischen Strümp und Bover (K9n, 2. Abschnitt)

Der SPD Politiker Vogel sagte: „Wer Straßen säht, wird Verkehr ernten.“ Die umstrittene geplante Kreisstraßenverlängerung K9n zwischen Strümp und Osterath würde den Krefelder Hafen mit der A57 in Bover verbinden. Das bedeutet **Stau-Umfahrer** und eine weitere Zunahme von **Hafenverkehr (Lkw)** in Nierst, Ilverich, Langst-Kierst, Strümp, Bover und Lank. Hinzu kämen laut Gutachten **täglich 1.200 Kfz mehr** im Bereich Strümp Busch.

Setzen Sie sich für die Verhinderung der K9n 2. Bauabschnitt zwischen Strümp und Bover ein?

CDU - 😞

Der Bau der K9n ist wiederholt mit politischen Mehrheiten beschlossen worden. Die grundsätzliche Notwendigkeit des Lückenschlusses zwischen Bover und Strümp wird nur von wenigen bestritten. Eine Zunahme des Umgehungsverkehrs insbesondere zum Krefelder Hafen sehe ich nicht, da

insbesondere die Fertigstellung des Ausbaues der A57 zeitlich vor der Realisierung der K9n erfolgen wird

SPD - 😞

Die SPD wird das Projekt K9n nicht aufgeben, da wir mehr Vorteile sehen. Der Verkehr in Strümp wird deutlich besser geführt und es gibt neben den zusätzlichen Belastungen auch erhebliche Entlastungen. Grundsätzlich gilt, dass der Bau einer neuen Straße genau geprüft und abgewogen werden muss. Nicht immer sind mehr Vorteile erkennbar.

Grüne - 😊

Die K9n ist insbesondere zur Erschließung des bestehenden Gewerbe- und Wohngebietes Strümp gedacht. Der Grundsatzbeschluss ist bereits vor ca. 20 Jahren gefasst worden. Die Grünen haben sich mit der CDU auf den Kompromiss verständigt, die Erschließung unter dem Vorbehalt zu ermöglichen, dass das Gebiet südlich des Strümp Gymnasiums **nicht** bebaut wird. Eine klare Ratsmehrheit von CDU und SPD wollte dort weitere Wohngebiete ermöglichen. Die Landesregierung sieht dies ebenfalls vor. Hätten die Grünen nicht diesen Beschluss mit der CDU im Rahmen der Kooperation erreicht, würde dort ein weiteres großes Baugebiet entstehen, mit der Konsequenz, dass die K9n bis zu ca. 7.800 Fahrzeuge aufnimmt. Es stellte sich also nicht die Frage alles oder nichts.

FDP - 😊

Die FDP Meerbusch hat sich von Beginn gegen den Bau der K9n ausgesprochen (= kritische Nachfragen und letztlich dagegen gestimmt). Auch bei dem letzten Ansatz der Verwaltung, das Projekt weiterzuführen, haben wir in der Offenlage im November 2019 eine ausführliche und kritische Stellungnahme abgegeben (bzgl. Bebauungsplan Nr. 281 Meerbusch - Osterath, „Auf dem Kamp/Kreisstrasse K9n / 2. Bauabschnitt“ sowie 115. Änderung des Flächennutzungsplans, „Auf dem Kamp/Kreisstraße K9n/ 2. Bauabschnitt; eingereicht von K.Rettig). Die (auch von anderen) eingereichten Stellungnahmen haben offenbart, dass die von der Stadt beauftragten Gutachten mangelhaft sind; es wird wohl zu einer Überarbeitung einiger der zentralen Gutachten und zu einer neuen Offenlage kommen (in 2021). Auch in Zukunft werden wir uns mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln gegen den Bau der K9n einsetzen.

UWG - 😊

Linke - 😊

Die Linke war von Anfang an gegen den Bau der K9n und hat dabei auch den BUND unterstützt.

Die Partei - 😊

Wir haben das Vorhaben immer abgelehnt und auch immer entsprechend abgestimmt.

Wir begrüßen, dass Rechtsmittel gegen die Straße eingelegt wurden und werden alle Maßnahmen ablehnen, die im Bezug auf die K9n vorgreifend Tatsachen schaffen. Auch lehnen wir den enormen Mitteleinsatz ab, der von der Stadt vorgenommen wird, um für Rechtssicherheit dieser Maßnahme zu sorgen.

Sollte die Straße nach abschließender Herbeiführung von Rechtssicherheit doch noch gebaut werden, werden wir uns der weitem Gestaltung aber nicht entziehen und weiter für eine möglichst verträgliche Umsetzung einsetzen.

Wir wollen die Umwidmung in eine Fahrradstraße mit gleichzeitiger Sperrung für den Autoverkehr erwirken.

Ferner haben wir uns mit modernen Verkehrskonzepten auseinandergesetzt. Die Bindung an Straßen, insbesondere in bereits heute staugefährdeten Bereichen, macht demnach wenig Sinn. Daher geht es nur drunter, daneben oder drüber. Wir halten die Erschließung der Höhe für den vielversprechendsten Ansatz:

Geringer Flächenverbrauch, günstig, flexibel.

Die Gondelbahn. Diese zunächst von Landsknecht oder Haus Meer zur Anbindung von Lank Latum und den Rheingemeinden.

4. Entsiegelung von Flächen

Durch das großflächige Wachstum der Stadt (Wer bestimmt eigentlich, dass wir immer weiter wachsen müssen?) gehen immer mehr Grün- und Ackerflächen verloren, die heute Frischluftzufuhr, Kühlung in Hitzeperioden und Versickerungsflächen bei Starkregen u.Ä. gewährleisten.

Gutachter empfehlen zur Anpassung an den Klimawandel bei weiterer Versiegelung und Bebauung die entsprechende **Entsiegelung von Flächen andernorts in Meerbusch**, um diese wichtigen Funktion von Freiflächen aufrecht zu erhalten.

a) Wenn hunderte von Hektar für neue Wohngebiete (Böhler II, Kamper Weg, Ivangsheide, Kalverdonksweg, Giesenend, Osterath West, Nierst) und für ein interkommunales Gewerbegebiet versiegelt werden sollen, welche Flächen auf unserem Stadtgebiet kommen für eine Entsiegelung in entsprechendem Umfang in Betracht?

CDU

Hier sollte nach meiner Auffassung ein zweigleisiger Weg beschritten werden. In den Siedlungsbereichen möchte ich das Mikroklima durch verstärkte Begrünung und gezielte Entsiegelung verbessern. Auf den öffentlichen Naturflächen außerhalb des unmittelbaren Siedlungsbereiches möchte ich die Wertigkeit der Natur durch Aufforstung und Renaturierung verbessern.

SPD

Die Anpassung an den Klimawandel ist eine enorme Herausforderung auch für unsere Stadt. Für die Entsiegelung kommen neben Parkplatzflächen auch Schulhöfe in Frage. Auch den Trend bei der Gestaltung von Steinwüsten als Vorgärten in Neubaugebieten wollen wir umkehren. Der Erhalt der Natur, die Umkehrung des Rückgangs der Artenvielfalt im Tier- und Pflanzenbereich, die Sicherung des öffentlichen Zugangs zu sauberen Trinkwasser für alle Bürgerinnen und Bürger, die Verringerung der Überdüngung der Böden, Wiesen und Ackerflächen und die Vermehrung der Wald- und Freiraumflächen in Meerbusch sind unser Ziel. Dazu wollen wir nicht auf reine Verbote, sondern auf die positive Verstärkung durch gezielte Aufbauprogramme setzen.

Grüne

Die Frage impliziert, dass wir „weiter wachsen müssen“, des Wachstums wegen. Diese Einschätzung ist so allerdings unzutreffend. Die Politik darf sich nicht den Anforderungen des Gemeinwesens entziehen und muss deshalb, wie oben beschrieben, auch notwendigen Wohnraum anbieten. Wir finden es nachvollziehbar, dass sich der BUND / NABU nicht auch mit sozialpolitischen Erfordernissen auseinandersetzt, aber für die Politik geht das nicht. Die Grünen bemühen sich, die Flächenversiegelung zu begrenzen und konnten erreichen, dass verschiedene große Plangebiete absehbar nicht bebaut werden.

FDP

Wir setzen uns insgesamt dafür ein, dass möglichst wenig neue Flächen versiegelt werden

UWG

Vorrangigkeit der innerstädtischen Bebauung. Weniger Versiegelung bedeutet weniger Entsiegelung, die darüber hinaus noch mit hohen Kosten verbunden ist.

Linke

1. Immer mehr Vorgärten werden versiegelt Die Versiegelung von privaten Gartenflächen sollen genehmigungspflichtig gemacht werden.
2. Es sollten mehrgeschossige Wohnhäuser geplant und innerstädtische Baulücken geschlossen werden.
Dies würde die Notwendigkeit von Neubaugebiete reduzieren.
3. Gewerbegebiet A44 reduzieren.

Die Partei

Wir wollen möglichst neue Versiegelungen verhindern. Wie in der Antwort auf Frage 1 beschrieben, ist Meerbusch eingebettet in eine globale Entwicklung, die sich bei uns regional in Form von Zuzügen auswirkt.

Wir sind nicht der Überzeugung, dass sich dieser Trend in Meerbusch aufhalten lässt, ohne gleichzeitig negative Konsequenzen, wie Gentrifizierung, Ghettoisierung, Preissteigerungen

verhindern zu können.
Unsere Lösungsvorschläge haben wir unter 1 beschrieben.

b) Ist es nicht deutlich nachhaltiger und vernünftiger, auf diese Spirale aus Neuversiegelung hier und Entsiegelung dort zu verzichten?

CDU - 😞

Die genannte Spirale liefe ja konsequent auf eine Null-Option bei Gewerbeansiedlungen und Siedlungsentwicklung hinaus. Das hätte verheerende negative Auswirkungen auf die soziale und wirtschaftliche Situation der Meerbuscherinnen und Meerbuscher und ist grundsätzlich abzulehnen.

SPD - keine Antwort

Grüne - 😊

Die Grünen bemühen sich, die Flächenversiegelung zu begrenzen und konnten erreichen, dass verschiedene große Plangebiete absehbar nicht bebaut werden.

FDP - 😊

es ist zweifellos nachhaltiger und vernünftiger, auf die Spirale aus Neuversiegelung hier und Entsiegelung dort zu verzichten. Wir haben allerdings auch z.Z. keine Idee, wo man große Flächen entsiegelt könnte.

UWG - 😊

Linke - 😊

Natürlich ist es vernünftiger und nachhaltiger von vornherein so zu Planen das es dieses Spiel von Ver- und Entsiegeln nicht gibt. Deshalb möchten wir Schluss machen mit diesen Prestigeprojekten, fernab jeglicher Nachhaltigkeit.

Die Partei - 😊

Wir wollen in die Richtung, vollständig verhindern lässt sie das aber- und Entsiegeln aber unserer Auffassung nach nicht.

Allerdings können wir uns vorstellen, neue Versiegelung an gleichflächige Entsiegelung auf dem Stadtgebiet zu koppeln.

Dabei halten wir die Umwidmung von landwirtschaftlichen Flächen in renaturierte Flächen zu diesem Zweck für wenig geeignet.

5. Flächendeckend Tempo 30 innerhalb der Ortschaften

Tempo 30 innerorts senkt nachweislich die CO2 Emission und verbessert die Sicherheit.

Treten Sie flächendeckend für Tempo 30 innerhalb der geschlossenen Ortschaften des Stadtgebietes ein und versuchen Sie mit Unterstützung und Zustimmung der übergeordneten Straßenverkehrsbehörden (Bezirksregierung) Ausnahmen oder sogar Sonderregelungen zu Tempo 30 innerhalb der Ortschaften Meerbuschs zu erreichen (**als Modellkommune**)?

CDU - 😞

Eine generelle Tempo 30 Regelung auf überörtlichen und wichtigen Erschließungsstraßen ist abzulehnen. Auf untergeordneten Straßen oder Anliegerstraßen ist die Einführung von Tempo 30 eine grundsätzliche Option

SPD - WO MÖGLICH

Die konsequente Ausweisung von zusätzlichen Spielstraßen und die Umwidmung von Straßen in Tempo 30 Strecken oder Zonen, wo immer es möglich ist, tragen zur Lärmreduzierung bei. Bei der Verkehrspolitik darf es kein „Weiter so“ geben. Mobilität bietet uns nicht nur die Freiheit am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, sondern kann durch den verursachten Lärm zu einer Beeinträchtigung der Lebensqualität und der Gesundheit führen.

Grüne - 😊

Das befürworten die Grünen nachdrücklich und wir haben uns dafür bereits in der Vergangenheit regelmäßig eingesetzt.

FDP - 😊

Die FDP hat diese Zielsetzung bisher unterstützt und wird es weiterhin tun.

UWG - 😊

innerhalb der Wohngebiete, nicht für Hauptdurchgangsstraßen.

Linke - 😊

Auch hier haben wir in der vergangenen Legislaturperiode bereits versucht anzusetzen. Wir bleiben dran! Politik, Umweltbewegungen und Bevölkerung muss hierzu mobilisiert werden.

Die Partei - 😊

6. Interkommunales Gewerbegebiet Osterath -Schweinheim

Bei der Fläche, die für die Entwicklung eines **Interkommunalen Gewerbegebiets (30 ha)** in Osterath Schweinheim notwendig wären, handelt es sich um besonders schützenswerte Ackerböden und damit wichtige landwirtschaftliche Flächen. Ein Gutachter ermittelte einen Bedarf von lediglich 15 ha. Sind Sie dafür, die bisher angestrebte Entwicklung einer Gewerbefläche von 30 ha südlich der A 44 auf Meerbuscher Stadtgebiet fallen zu lassen oder dem ermittelten geringeren Bedarf anzupassen?

CDU - 😞

Meerbusch verfügt über keine Angebotsflächen für Gewerbebetriebe mehr. Der genannte Flächenbedarf von 15 ha. ist lediglich der vom Gutachter als zwingend notwendig festgestellte Bedarf für die bereits vor Ort tätigen Gewerbebetriebe. Meerbusch benötigt für eine maßvolle Weiterentwicklung aber auch die Neuansiedlung von Gewerbebetrieben und die damit verbundene Schaffung von neuen Arbeitsplätzen. Wohnortnahe Arbeitsplätze entlasten die Umwelt durch Verhinderung von überörtlichem Verkehr

SPD - 😞

Der Bedarf an Flächen für die Entwicklung eines Gewerbegebietes ist gutachterlich nachgewiesen. Die SPD setzt sich dafür ein, das Gewerbegebiet gemeinsam mit der Stadt Krefeld zu entwickeln. Unser Ziel ist die Schaffung und Sicherung eines vielfältigen, nachhaltigen und arbeitsplatzsichernden Wirtschaftsstandortes. So können wir Einfluss nehmen auf die Qualität, die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit sowie die Nachhaltigkeit der Unternehmen. Durch gezielte Cluster-Bildung wollen wir gerade Startup- Unternehmen sowie kleine und mittlere Unternehmen (KMU) wirkungsvoll ansiedeln.

Grüne - 😊

Die ursprüngliche Planung für dieses Gewerbegebiet lag bei über 70 ha Fläche. Auf Drängen der Grünen haben wir uns in der Kooperation mit der CDU darauf verständigt, die Fläche auf den gutachterlich ermittelten Bedarf von 28 ha, geplant 30 ha, zu beschränken.

FDP - 😊

JA, eindeutig zu 'anzupassen'. In der Ratssitzung am 04.07.2018 beantragte die FDP, folgende Beschlüsse zu fassen:

- Der Beschluss des Rates vom 30.06.2018 wird aufgehoben.
- Die Gewerbefläche auf dem Gebiet der Stadt Meerbusch wird auf den gutachterlich ermittelten Bedarf von zunächst 15 ha, bei entsprechendem Bedarf auf maximal weitere 13.5 ha beschränkt. Die bisher angestrebte Entwicklung einer Gewerbefläche von 70 ha südlich der A 44 auf Meerbuscher Stadtgebiet wird nicht weiterverfolgt. Das Strukturkonzept wird auf die neue Situation auf dem Gebiet der Stadt Meerbusch angepasst.
- Die geplante interkommunale Zusammenarbeit mit der Stadt Krefeld wird nicht weiter verfolgt, d.h. aufgegeben.

Der Antrag wurde leider mehrheitlich abgelehnt. Glücklicherweise wurde zumindest mehrheitlich beschlossen, die zuvor angestrebte Entwicklung einer Gewerbefläche von 70 ha südlich der A 44 auf Meerbuscher Stadtgebiet nicht weiter zu verfolgen. Ohne weitere Gewerbeflächen wird es allerdings wohl leider nicht gehen. Die FDP wird sich weiterhin dafür einsetzen, die Gewerbefläche auf 15 ha zu beschränken; nach den bisherig erkennbaren Effekten der Corona-Krise gehen wir auch davon aus, dass die Nachfrage nach Gewerbeflächen deutlich sinken wird, insbesondere was Büroflächen anbetrifft (wie hier primär vorgesehen). Den Sinn eine Zusammenarbeit mit Krefeld können wir nach wie vor nicht erkennen.

UWG - 😊

grundsätzlich gegen jegliche Entwicklung eines Gewerbegebietes. Es besteht die Gefahr, dass sich aus einem Gewerbegebiet geringer Größe mit den Jahren doch ein riesiges Gewerbegebiet (Gewerbemonster) entwickelt, hier bis zur Stadtgrenze Willich.

Linke - 😊

Die Linke war von Anfang an gegen das Gewerbegebiet und hat bei der Ratssitzung am 4.7.2018 für eine Reduzierung auf 15 Hektar plädiert.

Die Partei - 😊

Wir lehnen das interkommunale Gewerbegebiet ab.

Dazu hat Herr Becker bereits in der auslaufenden Legislaturperiode die Aufhebung des alten Ratsbeschlusses erwirkt.

Wir meinen das ernst.

Gleichzeitig wollen wir bei Neuansiedlungen von Gewerbe auf Zukunft setzen. Bildung und Forschung sollen genauso im Vordergrund stehen, wie emissionsfreies Gewerbe.

Dazu muss natürlich die Infrastruktur bei der Versorgung mit erneuerbaren Energien und Glasfaseranschlüssen vorangetrieben werden.

Der Kuschelkurs einiger Verwaltungsteile mit der Telekom muss beendet werden, genauso wie der Ausbau von Vektoring.

Ggf. muss die Kommune selbst in den Ausbau investieren.

Um das Verkehrsaufkommen möglichst gering zu halten wollen wir Gewerbe mit Wohnen verbinden. Das verkürzt Arbeitswege und schafft Gemeinschaft und unterstützt Kollaboration verschiedener Fachschwerpunkte. So schaffen wir ein Umfeld für Innovationen.

7. Konvent der Bürgermeister

Städte und Gemeinden sind für 75 % des Verbrauchs der in der EU erzeugten Energie und für einen ähnlichen Anteil des CO₂-Ausstoßes verantwortlich. Der **Konvent der Bürgermeister** für Klima und Energie ist eine Bewegung, in der sich die beteiligten Städte freiwillig verpflichten, bei der Reduzierung ihrer CO₂ Emissionen über die EU Ziele hinauszugehen und darüber Bericht zu erstatten. Treten Sie dafür ein, dass Ihr Bürgermeister-Kandidat dem Konvent der Bürgermeister beitrifft? (www.konventderbuergemeister.eu)

CDU - 😊

Die teilnehmenden Konvents-Kommunen verpflichten sich bekanntermaßen, ihre CO₂- Emissionen bis 2030 um mindestens 40% zu reduzieren. Ohne die Voraussetzung, in unserer Kommune den IST-Zustand an CO₂-Emissionen und theoretischen Einsparpotentialen erhoben zu haben, halte ich einen Beitritt für verfrüht und ohne praktischen Wert für die Meerbuscherinnen und Meerbuscher. Ich werde eine Mitgliedschaft prüfen.

SPD - 😊

denn hier können wir nicht nur selbst Impulse setzen, sondern gemeinsam voneinander lernen, unsere Städte und Gemeinden klimafreundlicher zu gestalten.

Grüne - 😊

wir befürworten umfangreiche Maßnahmen für den Klimaschutz und dass unser Bürgermeister dem Konvent beitrifft. Die Grünen haben bereits diverse Maßnahmen zum Klimaschutz auf den Weg gebracht und unterstützt.

FDP - 😊

Die FDP unterstützt diese Idee. Unabhängig davon, wer Bürgermeister wird, werden wir einen entsprechenden Antrag stellen, dem dann allerdings der Stadtrat zustimmen muss. Jenseits von Mitgliedschaften zu irgendwelchen Gremien und vielen warmen Worten, Gutachten und Aktionsplänen (für die Schublade!?) ist uns aber daran gelegen, für Meerbusch realistische Zielsetzungen zu definieren und diese schnell umzusetzen. Input der lokalen Umwelt- und Naturschutzverbände für entsprechende Anträge der FDP ist uns stets sehr willkommen.

UWG - 😊

Linke - 😊

Erfahrungsaustausch vermeidet Fehler und Wettbewerb zwischen den Städten bei der Schadstoffreduzierung entsteht, also auch für Meerbusch absolut wünschenswerte Ziele. Durch Verpflichtung ist dem Stadtrat, Vereinigungen und der Bevölkerung eine Kontrollmöglichkeit gegeben. Und für Meerbusch endlich eine Gelegenheit nach der maßlos enttäuschenden Klima-Resolution, sich endlich zum Klimaschutz zu bekennen.

Die Partei - 😊

Wir gehen aber einen Schritt weiter:

Wir wollen, dass Meerbusch bis spätestens 2030 CO₂(äquivalent)-neutrale Kommune wird.

Anfänge sind gemacht, der Fortschritt muss aber beschleunigt und verstetigt werden.

Energiewende, Agrarwende, Verkehrswende, digitale Wende....

All das muss mit einander Verzahnt und vorangetrieben werden. Denn nur mit der Reduktion der städtischen Emissionen erreichen wir keine durchgängige CO₂-Neutralität.

Die Bevölkerung und Wirtschaft müssen mitmachen.

Ein Baustein (neben dem bereits unter anderen Punkten beschriebenen Ideen):

Der Ausbau der Ladeinfrastruktur für E-Fahrzeuge (auch Fahrräder) muss deutlich beschleunigt werden. Möglichkeiten gibt es viele. Lader an Laternen sind ein Beispiel. An vielen Baumscheiben befinden sich rechts und links Parkplätze. Da könnten wunderbar Fahrzeuge geladen werden. Dass es in Osterath gerade einmal 3 öffentliche Ladesäulen gibt, die nicht einmal alle an attraktiven Standorten stehen, ist nicht länger hinzunehmen.

Da sich Teile der Verwaltung dem bisher verweigert haben, ist ggf. eine personelle Neuaufstellung notwendig.

8. Beratende Stimme für Umwelt- und Naturschutzverbände

Sind Sie bereit, den **Umwelt- und Naturschutz** dadurch zu unterstützen, dass Sie dem BUND/ NABU eine beratende Stimme in den Fachausschüssen (Bau und Umwelt sowie Liegenschaft und Planung) gewähren?

CDU - 😞

BUND/NABU tragen wichtige Belange in die politische und gesellschaftliche Diskussion. Eine Berücksichtigung als Mitglied mit beratender Stimme in Fachausschüssen könnte aber von Dritten als ungerecht empfunden werden. Andere Interessengruppen wie z.B. der ADFC, der ADAC, der Verband der Immobilieneigentümer oder der Mieterschutzbund könnten auch sachlich begründet entsprechende beratende Stimmen fordern.

SPD - 😞

Nein, da mit der Öffnung der Ausschüsse auch weiteren Interessensgruppen die Teilnahme an Ausschusssitzungen ermöglicht werden muss. Politik hat zudem ohnehin die Verantwortung, im Vorfeld durch den Dialog mit allen Interessensgruppen - und natürlich den Bürgerinnen und Bürgern - außerhalb der Gremiensitzungen eine entsprechende Beteiligung zu ermöglichen.

Grüne - 😊

das befürworten die Grünen und wir haben uns bereits in der Vergangenheit dafür eingesetzt.

FDP - 😊

Die FDP unterstützt diese Zielsetzung voll. Wir werden einen entsprechenden Antrag stellen.

UWG - 😊

Linke - 😊

Das Fachwissen des BUND und NaBu wäre eine Bereicherung bei der Entscheidungsfindung im Stadtrat.

Die Partei - 😊

Wieso gibt es einen Seniorenbeirat, aber keine fachlichen Beiräte?

9. Einstellung eines naturschutzbeauftragten Mitarbeiters

Die Wissenschaft wertet das sich dramatisch ausweitende Artensterben als ebenso bedrohlich wie den Klimawandel. Mittlerweile verzeichnen auch Allerweltsarten wie Feldhase und Spatz starke Bestandsrückgänge.

Unterstützen Sie die **Einstellung eines naturschutzbeauftragten Mitarbeiters** in der Verwaltung für Aufgaben wie Grünflächenvernetzung, Erhalt und Schaffung von Lebensräumen, Beratung bei Neubaugebieten, Gebäudesanierungen, etc. (äquivalent zur Stelle der Klimabeauftragten) ?

CDU - 😞

Sofern es um die Wahrung der gesetzlichen Belange aufgrund des Bundesnaturschutzgesetzes geht, liegt die rechtliche Zuständigkeit beim Rhein-Kreis-Neuss. Sofern es darum geht, Grundprinzipien eines verstärkten Schutzes von Natur und Umwelt im täglichen Handeln der Verwaltung zu verankern, habe ich das Gefühl, dass die Stadt mit den vorhandenen personellen Ressourcen gut aufgestellt ist.

SPD - 😊

Die Frage ist nicht mit Ja oder Nein zu beantworten. Die Ihrer Frage nach auf eine/einen Naturschutzbeauftragte/Naturschutzbeauftragten fallenden Aufgaben werden bereits in der Stadtverwaltung wahrgenommen. Was wir aber tun müssen: Natur- und Klimaschutz ist in einer modernen Verwaltung interdisziplinär zu verankern und in das tägliche Verwaltungshandeln zu implementieren.

Grüne - 😊

Die Grünen haben bereits beantragt, einen eigenständigen Umweltausschuss einzurichten, damit Klimaschutz, Thema Umwelt- und Naturschutz, eine deutlich stärkere Gewichtung erhält. Ziel soll sein, dass städtische Maßnahmen wie Eingriffe in den Landschaftsraum, Energiekonzepte, Planungsvorhaben unter Berücksichtigung der ökologischen Auswirkungen entschieden werden sollen. Wir halten die Einbindung unabhängiger externer Fachkompetenz für sinnvoller. Zudem hat Meerbusch eine Klimamanagerin. Es geht neben der Fachkompetenz eher darum was die Politik zulässt.

FDP - 😊

Zur Zeit noch nein. Wir meinen, dass wir in der Verwaltung über ausreichende Expertise verfügen (=Personal; insbesondere Abteilung Umwelt und Klimaschutz); zusätzlich können auch externe Berater/Gutachter herangezogen werden (was derzeit auch geschieht). Die FDP ist für diese Themen hoch sensibilisiert. Wichtig ist, was die Politik und die lokalen Umweltverbände fordern, und letztlich entscheidend, was umgesetzt wird. Wir werden das Thema eines zusätzlichen Mitarbeiters beobachten, und ggf. 'personell nachrüsten'.

UWG - 😊

Belange des Naturschutzes müssen aufgrund gesetzlicher Vorschriften ohnehin berücksichtigt

werden.

Linke - 😊

Ein Naturschutzbeauftragter wäre auch bei der naturfreundlichen Gestaltung von privaten Gärten und landwirtschaftlichen Betrieben sinnvoll, denn hier könnte ein Fachmann sensibilisieren und beraten

Die Partei - 😊

Die Umweltmanagerin muss unabhängig werden und ihre Position deutlich aufgewertet werden.

Dazu wollen wir die Umweltmanagerin als eine Stabsstelle beim Bürgermeisteramt installieren.

Alle relevanten Maßnahmen müssen durch sie auf Einhaltung der Ziele geprüft werden.

Auch müssen Langfristziele heruntergebrochen werden um in überprüfbaren Zeiträumen

Kurzfristziele festlegen zu können und deren Einhaltung überprüfen zu können und ggf. korrektive Maßnahmen einleiten zu können.

Dazu muss sie unabhängig sein.

Wir gehen davon aus, dass die Aufgaben durch eine Person nicht zu bewältigen sein werden, und stehen daher einer Stelle eines/r Naturschutzebeauftragten nicht ablehnend gegenüber.

10. Krisenanfälligkeit unseres Ernährungssystems

Corona hat die Krisenanfälligkeit eines vor allem auf den Weltmarkt ausgerichteten Ernährungs- und Agrarsystems deutlich gemacht.

a) Wie wird Ihr Einsatz für die Stärkung regionaler Strukturen aussehen, so dass auch in Krisenzeiten **die Versorgung mit guten Lebensmitteln** sicher bleibt?

b) Werden Sie sich für den **Erhalt** unserer **wertvollen Ackerböden** einsetzen, die zu den fruchtbarsten Böden Deutschlands gehören?

c) Werden Sie sich für einen **schonenden Umgang mit Boden & Wasser** stark machen?

CDU

a) 😊

b) 😊

c) 😊

Wertvoller Boden ist grundsätzlich zu erhalten. Sofern es zu Zielkonflikten zwischen städtebaulicher Entwicklung und Erhalt von wertvollen Böden kommt, ist das im Einzelfall zu prüfen. Ein praktizierter Ansatz zum schonenden Umgang mit Wasserressourcen ist die bereits bestehende Kooperation zwischen unseren Stadtwerken und den Landwirten

SPD

a) 😊

Das Thema Ernährung muss in den verschiedenen Verwaltungsbereichen, aber auch bei der Politik, auf die Agenda gesetzt werden. Ein wichtiger Schritt hierzu wäre die Stärkung der Präventionsarbeit, indem ernährungspolitische Aktivitäten koordiniert werden. Hier könnte eine Denkfabrik (Thinktank) helfen, eine strategische Entwicklung des Themas mit den verschiedenen Akteuren vor Ort gemeinsam zu erarbeiten.

b) 😐

Die Frage ist nicht mit Ja oder Nein zu beantworten. Wir unterstützen das Ziel der Bundesregierung bis zum Jahr 2030 die Neuinanspruchnahmen von Flächen für Siedlungen und Verkehr auf unter 30 ha pro Tag zu verringern. Das bedeutet, dass wir den Flächenverbrauch einschränken, aber nicht einstellen wollen. Was wir tun müssen, ist den Erhalt der Ackerböden als ein Kriterium bei der Bewertung von neuen Stadtentwicklungsprojekten in die Bewertung mit einzubeziehen.

c) 😊

Wasser ist die Grundlage allen Lebens. Das Grundwasser ist Trinkwasserspender, aber auch Lebensraum. Daher verdient Grundwasser einen besonderen Schutz. Der schonende Umgang mit

Grundwasser ist eine wichtige Daseinsvorsorge. Auch weil eine Sanierung des Grundwassers, wenn überhaupt, nur mit großem finanziellem und technischem Aufwand möglich ist, setzen wir uns für die konsequente Anwendung des Vorsorgeprinzips ein. Hier sehen wir neben der Kommune auch die Landwirtschaft in einer besonderen Verantwortung.

Grüne –

a) 😊

Die Grünen wollen den Flächenverbrauch begrenzen und für städtische landwirtschaftliche Pachtflächen die Vergabe an ökologische Kriterien knüpfen.

b) 😊

Ja, aber wir wollen auch Naturräume ökologischer entwickeln und den Waldanteil erhöhen.

c) 😊

Ja, Grundwasser muss deutlich stärker geschützt werden.

FDP

a) 😊

Wir werden uns für die Sicherung der Existenz landwirtschaftlicher Betriebe in Meerbusch einsetzen, insbesondere für die Verpachtung städtischer landwirtschaftlicher Flächen nach ökologischen Gesichtspunkten. Wie man darüber hinaus 'regionale Strukturen' stärken kann, muss überlegt werden.

b) 😊

Wir werden uns für den Erhalt landwirtschaftlicher Flächen einsetzen; andererseits setzen wir uns seit Jahren für eine Waldvermehrung in Meerbusch ein – das muss wohl sehr gut abgewogen werden.

c) 😊

Ja bzgl. 'Umgang mit Boden' (siehe oben); was mit 'Einsatz für einen schonendem Umgang mit Wasser' hier gemeint ist, ist unklar: Wasserverbrauch (?), Verunreinigung durch Dünger (JA), Verzicht auf Glyphosat u.ä. (JA), weiteres (???)

UWG

a) 😊

b) 😊

c) 😊

Der Erhalt wertvoller Ackerböden und sauberes Grundwasser sind die unabdingbaren Voraussetzungen für die Gesundheit unserer Bürger.

Linke

a) 😊

b) 😊

c) 😊

Wir müssen uns von ausländischen Lebensmitteln unabhängiger machen, und wieder zu regional und saisonal zurückfinden. Weiter müssen wir die entsprechende Vielfalt der landwirtschaftlichen Produktion in unserer Region fördern.

Wer mich persönlich kennt, weiß das ich ein Kind der Landwirtschaft bin und mir tut es in der Seele weh, wenn mir das Höfe sterben im letzten Jahrzehnt regelmäßig vor Augen kommt. Ackerböden müssen geschützt werden. Nur so erhalten wir auch Meerbusch als Stadt im Grünen.

Die Partei 😊

a) 😊

Meerbusch ist bereits heute stark in Gemüseanbau. Das ist eine gute Grundlage für die Sicherung der Ernährung der Bevölkerung.

b) 😊

c) 😊

Dazu gehört für uns auch das Thema Gülle und Nitratbelastung. Wir sind nicht überzeugt, dass die Probleme alle nur aus der Vergangenheit herrühren und jetzt alles toll ist, wie man uns im Ausschuss gerne glaubhaft machen möchte.

Auch wollen wir überprüfen, in wieweit das Anlegen von Wasserspeichern Sinn macht.

Wenn Starkregenereignisse zunehmen, wir aber gleichzeitig mit mehr Dürren und Hitze rechnen müssen, ist eine vorausschauende Planung unabdingbar.

Wie bereits zuvor beschrieben möchten wir mehr ökologische Landwirtschaft in Meerbusch.

Dazu müssen Landwirte aufgeklärt und weitergebildet werden. Das möchten wir fördern.

Feldfrüchte zur Energiegewinnung, wie es manchen Leuten vorschwebt lehnen wir ab.

Energiegewinnung geht anders viel besser und auch günstiger.